

Antwort auf die Interpellation 258

Gewaltentwicklung bei Jugendlichen – Wie ist die Situation in der Stadt Luzern?

Selina Frey namens der G/JG-Fraktion, Christina Lütolf-Aecherli namens der GLP-Fraktion und Silvana E. S. Leasi namens der Mitte-Fraktion vom 1. April 2023
StB 603 vom 13. September 2023

Wurde anlässlich der Ratssitzung vom 16. November 2023 beantwortet.

Ausgangslage

Die Interpellantinnen haben aus der neusten Studie des Jacobs Center for Productive Youth Development der Universität Zürich erfahren, dass Jugendliche im Kanton Zürich im Jahr 2021 deutlich mehr Gewalt als noch vor sieben Jahren erfuhren.¹ Seit Messbeginn im Jahr 1999 ist die sexuelle Gewalt in all ihren Ausprägungen unter Jugendlichen so verbreitet wie noch nie. Auch Raubdelikte und Schulmobbing haben laut Studie zugenommen. Die Interpellantinnen haben in diesem Zusammenhang Fragen an den Stadtrat bezüglich Statistiken zu Gewaltdelikten von Jugendlichen, der Situation im Schulumfeld und der Prävention. Der sexuellen Gewalt (sexuelle Nötigung, sexuelle Gewalt in Paarbeziehungen, sexuelle Belästigung im schulischen Kontext und auch im Internet) ist ein separater Fragenblock gewidmet.

Zu 1.:

Sind die Entwicklungen von Gewalterfahrungen bei Jugendlichen in der Stadt Luzern bekannt? Sind die Polizeistatistiken bei Jugendlichen explizit für die Stadt Luzern bekannt? Wenn ja, wie lauten diese; wenn nein, warum nicht?

Die Entwicklungen von Gewalterfahrungen werden auf nationaler und kantonaler Ebene erhoben – städtische Statistiken zu Gewalterfahrungen gibt es nicht. Die entsprechenden polizeilichen Kriminalstatistiken dokumentieren die registrierte Kriminalität, das sogenannte «Hellfeld». Ab 2013 ging die Jugendgewalt in der Schweiz langsam zurück. Seit 2016 zeichnet sich national wieder eine Zunahme ab. Das zeigen die polizeiliche Kriminalstatistik und Studien zur Jugendkriminalität der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW. Je nach Art des Delikts verbleibt jedoch ein mehr oder weniger grosser Anteil an erfahrener Gewalt im Verborgenen, da er sich der Kenntnis der Strafverfolgungsbehörde entzieht. Denn eine Aufnahme in die Statistiken hängt davon ab, ob eine Tat zur Anzeige gelangt bzw. die Polizei eine Straftat aufdeckt. Diese nationalen Tendenzen und Feststellungen dienen der Stadt bzw. dem Kanton Luzern als Anhaltspunkte, um diese mit den eigenen Beobachtungen und Erfahrungen abzugleichen. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), die Dienstabteilung Kinder Jugend Familie (KJF) und der Sicherheitsmanager sammeln ihre Beobachtungen.

¹ https://www.jacobscenter.uzh.ch/dam/jcr:10290717-42b1-488a-81ae-9f4582a44bfb/Bericht_ZYS21_v1.3.pdf

Zu 2.:

Welche präventiven Massnahmen hat die Stadt Luzern bereits aufgegleist? Falls die Kompetenz ausschliesslich beim Kanton liegt: Welche präventiven Massnahmen hat der Kanton Luzern bereits aufgegleist in Bezug auf die Gewalt unter Jugendlichen?

Seit März 2020 gibt es die städtische Fachgruppe Früherkennung. In der Fachgruppe arbeiten Personen aus den folgenden Bereichen: KESB, Schulpsychologischer Dienst, Schulleitung, Schulsozialarbeit, Soziale Dienste, Quartierarbeit, Jugendarbeit, Treibhaus, Mütter-/Väterberatung, Jugend- und Familienberatung Contact, Luzerner Polizei (Bereich Prävention). Die Fachgruppe kann aufgrund ihrer Zusammensetzung aktuelle Entwicklungen sowie vernachlässigte Problembereiche rasch und zuverlässig identifizieren und Massnahmen ergreifen. Die Gruppe dient als Sensorium und trägt zur Vernetzung und Koordination aller relevanten Akteure bei. Die Leitung haben Christian Wandeler (Sicherheitsmanager der Stadt Luzern) und Christina Reusser (Bereichsleiterin Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Luzern).

Im Herbst 2022 beobachtete die Fachgruppe Früherkennung eine Zunahme gewalttätiger Vorfälle unter Stadtluzerner Jugendlichen. Solche Handlungen standen im vergangenen Jahr vermehrt auch im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Ausprägungen der Vorfälle reichen von Schlägereien zwischen Gruppen über Mobbingvorfälle in der Schule bis hin zu sexuellen Übergriffen. Auch die unzulässige Verbreitung von Nacktbildern oder die Aufzeichnung von sexuellen Handlungen bei Jugendlichen (Sexting) gehören dazu. In der Kriminalstatistik 2022 des Kantons Luzern stieg die Zahl der beschuldigten Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozent. Es ist damit zu rechnen, dass der Graubereich um ein Vielfaches höher liegt. Die meisten Betroffenen schämen sich oder trauen sich nicht, die Täter oder Täterinnen bei der Polizei anzuzeigen. Für die betroffenen Jugendlichen sind Übergriffe oftmals traumatisch. Die Folgen können massive psychische Probleme sein, die bis zu Suizidgedanken reichen. Aus diesem Grund wurde Ende des Jahres 2022 eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Ziel, präventive Massnahmen zu ergreifen. Daraus resultiert die Anfang Juni 2023 gestartete Kampagne «Gwaltig denäbe». Diese beinhaltet verschiedene Massnahmen wie drei Kurzvideos zu den Themen Mobbing, Gewalt und Sexting. Darin werden Szenen von Übergriffen dargestellt, und es wird aufgezeigt, wohin sich die betroffenen Jugendlichen wenden können. Zudem werden Workshops mit Jugendlichen durchgeführt. In den Workshops werden die Themen Mobbing, Gewalt und Sexting vertieft behandelt und diskutiert. Durch diese Sensibilisierung gewinnen sie Sicherheit im Umgang mit den Themen und lernen, frühzeitig zu reagieren. Ausserdem widmete sich die Fachtagung der Stadt Luzern vom Juni 2023 dem Thema «Jugendgewalt – Ein gewaltiges Problem?». Darin wurden Fragen nach den Ursachen erörtert sowie zukünftige Herausforderungen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene diskutiert. Sie vermittelte Ansätze und Methoden zur Gewaltprävention, die sich in der Praxis bewährt haben, und gab Fachpersonen Tipps zur Anwendung in ihrem Berufsalltag.

Im Sommer 2023 wurde zudem eine Jugendanalyse im öffentlichen Raum durchgeführt. Der Fokus liegt auf einem bedarfsgerechten Zugang zu Ansprech- und Vertrauenspersonen für jene Jugendlichen, welche sich oft im öffentlichen Raum aufhalten. Neben dem Unterstützungsbedarf wird auch das Sicherheitsgefühl der Jugendlichen an zentralen Plätzen wie der Ufschöttli, der Richard-Wagner-Wiese und des Areals um die Kantonsschule Alpenquai erfragt. Die Jugendanalyse soll allfällige Versorgungslücken aufzeigen und zuhanden der zuständigen Instanz Massnahmen vorschlagen. Resultate sind bis Ende 2023 zu erwarten.

Ergänzend zu den städtischen Massnahmen bestehen seitens des Kantons Luzern seit vielen Jahren verschiedenste Präventionsmassnahmen. Dazu gehören z. B.:

- Unterstützung der Gemeinden beim Aufbau und der Weiterentwicklung der kommunalen Kinder-/Jugendförderung und offenen Kinder-/Jugendarbeit als präventives Angebot und Anlaufstelle für Jugendliche;
- Auf- und Ausbau der Schulsozialarbeit auf Sekundar- und Primarstufe;
- Unterrichtsangebote für Schulen zur Konflikt- und Gewaltprävention;
- Elternbildungsmassnahmen, insbesondere mit Fokus auf den Umgang mit neuen Medien;
- Massnahmen im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms zur Integration von spät eingereisten Jugendlichen in die Berufsbildung und in den Arbeitsmarkt.

Zu 3.:

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Luzern und dem Kanton Luzern in Bezug auf die Jugenddelinquenz?

Die Stadt Luzern ist diesbezüglich vor allem mit der Luzerner Polizei im regen Austausch. Die Polizei ist in der Fachgruppe Früherkennung wie auch in der Arbeitsgruppe Sicherheit der Stadt integriert. In beiden Gefässen geht es darum, frühzeitig Tendenzen (auch in Bezug auf Jugenddelinquenz) zu erkennen und gemeinsame Massnahmen zu definieren. Wie oben bereits beschrieben, konnte so z. B. das Projekt «Gwältig denäbe» initiiert werden.

Im Bereich der Jugendberatung bietet Contact allen Vertragsgemeinden ihre Leistungen an. Im Themenbereich der Jugenddelinquenz sind dies meistens Referate und Elternanlässe vor Ort.

2001 wurde seitens des Kantons Luzern eine Arbeitsgruppe zum Thema «Jugend und Gewalt» initiiert, in welcher kantonale Fachpersonen (u. a. aus Jugendanwaltschaft, Luzerner Polizei, Dienststelle Volksschulbildung, Dienststelle Gymnasialbildung, Dienststelle Soziales und Gesellschaft, Berufsbildungszentren) sowie Fachorganisationen und die Stadt Luzern vertreten waren. Diese Arbeitsgruppe verfolgte folgende Hauptziele:

- Die Situation der Jugendgewalt im Kanton Luzern zu beobachten und zu analysieren;
- Die verschiedenen Akteure zu vernetzen und Massnahmen zur Prävention von Jugendgewalt zu koordinieren und aufeinander abzustimmen.

2015 wurde die Weiterführung dieser breit abgestützten Arbeitsgruppe (18 Mitglieder) angesichts der ruhigen Situation im Kanton Luzern und schweizweit als nicht angemessen eingestuft. Das Gremium blieb als solches bestehen, um bei Bedarf reaktiviert zu werden – der aktive, regelmässige Austausch zu diesem Thema wurde jedoch eingestellt. Die präventiven Massnahmen der einzelnen Akteure wurden weitergeführt und weiterentwickelt.

Aktuell ist geplant, im Herbst 2023 einen Austausch in einem kleineren Kreis von Fachpersonen (Stadt und Kanton Luzern) zwecks Monitoring der Jugendgewalt durchzuführen.

Zu 4.:

Werden aufgrund der erwähnten aktuellen Studie die bereits bestehenden Präventionsbemühungen erhöht? Ist eine Planung einer eigenen Studie über den Kanton Luzern angedacht?

Wie erwähnt, wird im Herbst 2023 zwischen kantonalen Akteuren und der Stadt Luzern eine Situations-einschätzung der Jugendgewalt im Kanton Luzern sowie eine Überprüfung der bestehenden Präventions-massnahmen stattfinden. Das Ergebnis dieses Austauschs wird die Basis für die Entscheidung sein, ob die bestehenden Massnahmen zukünftig intensiviert werden sollen oder ob zusätzliche Massnahmen nötig sind.

Es ist nicht geplant, eine eigene Studie zum Ausmass der Jugendgewalt im Kanton Luzern durchzuführen. Die bestehenden Datengrundlagen von LUSTAT Statistik Luzern und der Polizeilichen Kriminalstatistik des Kantons Luzern verzeichnen seit 2019 einen Anstieg der Gewaltstraftaten von Minderjährigen, im selben Zeitraum bleibt jedoch das Ausmass an Gewaltstraftaten junger Erwachsener (zwischen 18 und 24 Jahren) in etwa konstant. Beide Kennzahlen liegen weiterhin deutlich tiefer als im Jahr 2012. Das Ausmass der Jugendgewalt im Kanton Luzern lässt sich – trotz Anstieg in den vergangenen Jahren – nicht gleichsetzen mit der Situation in anderen Kantonen.

Zu 5.:

Wo in der psychosozialen Unterstützung (z. B. Contact, 147, KJPD, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie etc.) von Jugendlichen sieht der Stadtrat einen Angebotsmangel, der einen Teil des Anstieges erklären könnte?

Die städtischen Beratungsangebote sind sehr gut besucht, und die Mandatszahlen haben im 5-Jahres-Vergleich deutlich zugenommen. Die definierten Wartezeiten von maximal 14 Tagen können in der Jugend- und Familienberatungsstelle Contact weiterhin eingehalten werden. Für Jugendliche werden feste Zeitfenster reserviert, damit diese rasch in die Beratung kommen können. Demgegenüber sind die

Überlastung und damit zeitweise lange Wartezeiten im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) bekannt, und das Kantonsparlament Luzern hat einen entsprechenden Planungsbericht² im Dezember 2021 gutgeheissen. Darin sind vor allem die Finanzierung im ambulanten Bereich, der Abbau von Wartezeiten in den Ambulatorien, der Ausbau von Fachsprechstunden in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie ein Konzept für ein Kriseninterventionszentrum vorgesehen. Die langen Wartezeiten des KJPD führen im Alltag der städtischen Beratungsangebote dazu, dass teilweise notwendige Weiterweisungen nicht vorgenommen werden können und die erwähnten Beratungsangebote länger für die psychosozialen Beratungen des ganzen Familiensystems zuständig sind. Dies führt die Beratungsstelle personell an die Belastungsgrenze. Die Beratungshotline 147 von Pro Juventute verzeichnet gemäss ihren Jahresberichten seit dem Jahr 2020 jedes Jahr eine Zunahme des Beratungsaufwands. Im ersten Quartal 2022 verzeichnete die Beratungshotline bezüglich angstbezogener Konsultationen einen Anstieg von 30 Prozent.

Auch in der Schulsozialarbeit haben die Mandate zugenommen. Durch die vom Kantonsrat gesprochenen Zusatzprozente aufgrund des Postulats P 810³ «Weiterführung von Massnahmen zur Linderung und zur Prävention psychosozialer Corona-Folgen im Schulbereich» konnte die Überbelastung in diesem Bereich in den vergangenen 2 Jahren etwas abgeschwächt werden. Ein möglichst einfacher Zugang ohne lange Wartezeiten war für die Kinder und Jugendlichen weitgehend gewährleistet. Die Triagearbeit zu anderen Fachstellen ist aber weiterhin klar erschwert, da die Nachfolgestellen oft (zu) lange Wartezeiten haben. Dies führt zu einem «Rückstau» und zum Ergebnis, dass Schulsozialarbeitende länger in der Einzelfallarbeit tätig sein müssen (höherer Beratungsaufwand). In der Konsequenz fehlt die Möglichkeit, frühzeitig andere herausfordernde Situationen aufzunehmen, diese direkt zu bearbeiten oder an die entsprechenden Fachstellen weiter zu triagieren. Insbesondere fehlen in der Schulsozialarbeit aufgrund der angespannten Situation die nötigen zeitlichen Ressourcen für die Früherkennung und die Präventionsarbeit.

Da ab Sommer 2023 die aufgrund des Postulats P 810 im Kantonsrat gesprochenen Zusatzprozente (85-Prozent-Stelle) bei der Schulsozialarbeit wieder gestrichen werden, wird sich dies zusätzlich negativ auf die Arbeitsbelastung der Schulsozialarbeitenden auswirken.

Das Postulat P 1074⁴ im Kantonsrat verlangt vom Regierungsrat, die Pensenschlüssel der Schuldienste zu überprüfen. Im Anschluss an die kantonale Analyse werden die städtischen Ressourcen in den Schuldiensten überprüft. Im Moment deutet einiges darauf hin, dass die aktuellen Pensen nicht genügen.

Zu 6.:

Wie verbreitet ist das Thema Schulmobbing (online und offline) an den Schulen der Stadt Luzern? Gibt es spezifische Unterrichtseinheiten zur Förderung der Medienkompetenz von Jugendlichen? Wie werden die Eltern zu diesen Themen aufgeklärt?

Mobbing und auch Cybermobbing ist an den Schulen der Stadt Luzern eine Realität. Genaue Zahlen liegen nicht vor, diese bewegen sich vermutlich im schweizerischen Durchschnitt. Die Schulsozialarbeit und die Schulen der Stadt Luzern handeln präventiv und intervenieren aktiv bei (Cyber-)Mobbingssituationen. Sie vertreten eine Nulltoleranzhaltung. Es bestehen Schulungsmodule (z. B. «Mobbing – Nein danke» u. a.), welche die Thematik präventiv aufnehmen und die Schülerinnen und Schüler für diese Problematik sensibilisieren. Die Module beinhalten zudem Handlungsleitfäden und Vorgehensweisen für Lehrpersonen, um Mobbingssituationen entsprechend angehen zu können.

Sowohl in der präventiven Arbeit wie auch in der aktiven Bearbeitung von Mobbingssituationen zeigt es sich, dass ein grosser Teil der Kinder und Jugendlichen verschiedene Formen von Diskriminierung und (Cyber-)Mobbing direkt oder indirekt erleben oder erlebt haben.

Ab 2024 können vorerst zwei Schulen am neu geplanten Projekt «#standup» – Initiative gegen Mobbing» teilnehmen. Dies ist ein neueres Projekt in Zusammenarbeit mit Pro Juventute und Radix Schweiz zur Einführung von Massnahmen und Instrumenten zur Verminderung von Mobbing an der Schule (und in der Freizeit).

² <https://www.lu.ch/-/klu/ris/cdws/document?fileid=2b24a9cae4504d738f936614fb018192>

³ <https://www.lu.ch/kr/parlamentsgeschaefte/CdwsFiles?fileid=bef854292fd74484836773a495eaf01e>

⁴ <https://www.lu.ch/kr/parlamentsgeschaefte/CdwsFiles?fileid=189fb4fec0ec45b698b14966c8b34d5f>

An verschiedenen Schulen der Stadt werden und wurden Elternabende zum Thema Umgang mit Medien organisiert und durchgeführt, zum Teil in Kooperation mit Fachstellen (z. B. Akzent oder Swisscom). Im Durchschnitt nehmen 30 Prozent der angeschriebenen Erziehungsberechtigten an den Anlässen teil.

Zu 7.:

Wie verbreitet ist das Thema Cybermobbing an den Schulen der Stadt Luzern?

Vgl. Antwort auf Frage 6.

Die Volksschule verfügt über keine genauen Zahlen. Eine Unterscheidung von Mobbing und Cybermobbing ist aus Sicht der Schule wenig sinnvoll, denn Cybermobbing wirkt sich auch ins reale Leben aus. Auch ausserhalb und unabhängig von der Schule kommt es zu Mobbinghandlungen.

Zu 8.:

*Wie werden die Schulen, Schulleitungen, Lehrpersonen bei spezifischen Gewalterfahrungen von einzelnen Schüler*innen unterstützt? Welche Angebote gibt es?*

Die Schulsozialarbeit berät und unterstützt die Schulleitungen und Lehrpersonen in der Bearbeitung von spezifischen Gewalterfahrungen einzelner Schülerinnen und Schüler oder Peer-Gruppierungen. Die Beratungen beziehen sich auf Täterinnen und Täter wie auch auf Opfer von Gewalterfahrungen. Jugendgewalt wird oft in Gruppen ausgelebt und kann als ein «Gruppenphänomen» bezeichnet werden. Deshalb ist eine Auseinandersetzung bezüglich Zugehörigkeit, Rollenbilder und Risikobereitschaft ein wichtiger Bestandteil in der Begleitung der Schülerinnen und Schüler. Die Schule und insbesondere die Lehrpersonen erhalten Unterstützung (z. B. von der Schulsozialarbeit), um diese Themenfelder aktiv mit den Jugendlichen aufzunehmen, in die Auseinandersetzung zu gehen und entsprechende Konfliktgespräche zu führen.

In den vergangenen 3 Jahren wurden in den Stadtschulen auch im Bereich Kindeswohl/Kindesschutz klarere Zusammenarbeits- und Handlungsleitfäden erarbeitet und so das Wissen für den Umgang mit solchen Situationen gestärkt.

Im Bereich der Gewaltprävention und Förderung der Konfliktlösekompetenzen gibt es unterschiedliche Module, welche durch die Lehrpersonen im Unterricht vermittelt werden. Dies geschieht einerseits in der Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit oder auch mit externen Anbietern wie z. B. dem Angebot «Chili» oder «Krass».

Aktuell können von den Schulen folgende Beratungs- und Unterstützungsangebote beigezogen oder genutzt werden: Agredis (Gewaltberatung von Mann zu Mann), Jugend- und Familienberatung CONTACT, Opferberatungsstelle, FABIA (Kompetenzzentrum für Migration), KESB (Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde), LENI (Krisengruppe Stadt Luzern) oder private Angebote wie z. B. KNOCK-IN, die ein spezifisches Coaching oder Workshops für Jugendliche anbieten.

Agredis ist diesbezüglich eine sehr kompetente Fachstelle. Ihr Angebot ist spezifisch auf gewalttätig handelnde Männer und männliche Jugendliche ausgerichtet sowie auf Personen, die beruflich mit gewaltbereiten Männern zu tun haben. Dieses Angebot wird vermehrt genutzt. Oft scheitert aber der Einbezug von Agredis an der Finanzierung des Angebots.⁵

Zu 9.:

Gibt es hierzu spezielle Programme, präventive Massnahmen, welche die Stadt Luzern aufgelegt hat oder aufgleisen wird, um dieser Problematik zu begegnen?

Die Schulsozialarbeit bietet den Stadtschulen seit 3 Jahren das Präventionsprojekt «Herzprung» an. Im Schuljahr 2022/2023 konnte das Projekt an zwei Schulen (Schulhaus Tribschen und Schulhaus Matt) in der dritten Sekundarstufe umgesetzt werden. «Herzprung» ist ein spezifisches nationales Programm in

⁵ Obwohl Agredis von den Zentralschweizer Kantonen finanziell unterstützt wird, um tiefere Tarife anbieten zu können, beträgt der übliche Kostenanteil Fr. 150.– pro Beratungssitzung. Eine Tarifreduktion ist zwar möglich, bedingt aber, dass die Eltern der betroffenen Jugendlichen ihre finanziellen Verhältnisse offenlegen.

Zusammenarbeit mit Radix Schweiz zur Förderung der Beziehungskompetenzen und eines respektvollen und gewaltfreien Umgangs in Paarbeziehungen für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Das Programm nutzt vielfältige Lehr- und Lernformen. Teilweise wird in gendergetrennten Settings gearbeitet. Übungen und Reflexionsaufgaben stehen auch zwischen den einzelnen Modulen zur Verfügung. Für jedes Modul sind Kompetenzerwerb und Lernziele definiert. Der Bezug zum Lehrplan 21 ist gegeben. Das Programm findet einmal wöchentlich während 5 Wochen oder während einer Projektwoche statt. Ein geschlechtergemischtes Moderationsteam führt das Programm durch.

Auch wird an einigen Schulen auf der ersten Sekundarstufe seit 3 Jahren das Präventionsprojekt «be yourself» angeboten. Im Zentrum dabei stehen Themen wie z. B. zu den eigenen Gefühlen zu stehen, Rollenbilder, Grenzverletzungen und Übergriffe, Körperbild, Selbstwahrnehmung und sexuelle Selbstbestimmung. Zusätzlich wird mit externen Fachstellen wie S&X (Sexuelle Gesundheit Zentralschweiz) oder Akzent (Prävention und Suchttherapie, Luzern) zusammengearbeitet.

Zu 10.:

Öffentlicher Raum wird zunehmend als Bedrohung wahrgenommen, vor allem von Mädchen. Gibt es Brennpunkte in der Stadt Luzern, an welchen besonders viele Gewaltdelikte stattfinden (z. B. KKL, Ufschötti etc.)? Welche Präventionsmassnahmen sind für diese Brennpunkte aufgelegt bzw. angedacht?

Der Europaplatz, der KKL-Vorplatz wie auch das Inseli sowie die Ufschötti werden polizeilich intensiv bewirtschaftet. Die hohe präventive Präsenz der Luzerner Polizei und der SIP vermag in sehr vielen Fällen Gewaltdelikte zu verhindern oder aufkeimende Situationen schnell unter Kontrolle zu bringen.

Zudem führte die Luzerner Polizei in den Jahren 2022 und 2023 mehrfach Präventionsaktionen unter dem Titel «Sicher im Ausgang» auf dem Bahnhofplatz und der Ufschötti durch. Die Standaktion stiess bei der Bevölkerung und dem Zielpublikum auf sehr gute Resonanz. Die Aktion «Sicher im Ausgang» ist zusätzlich auch auf den Bildschirmen der Clubszene in Luzern präsent. Die Bar- und Clubkommission ist dementsprechend in die Präventionskampagne eingebunden.

Eine wichtige Rolle im öffentlichen Raum übernimmt die SIP. Sie spricht junge Leute auf ihr Verhalten an und kann durch ihre Präsenz auf den stark frequentierten Plätzen das subjektive Sicherheitsgefühl stärken. Im Sommer 2023 führte die SIP in Zusammenarbeit mit Vertretungen von Jungparteien auf der Ufschötti das Projekt «Safe Place» durch. Das Projekt, das an den Wochenenden während der Sommerferien durchgeführt wurde, beinhaltete eine Anlaufstelle für Jugendliche und junge Erwachsene. Bei dieser Anlaufstelle konnten sich Jugendliche melden, die sich unsicher auf dem Platz fühlten oder Informationen (z. B. über den Umgang mit Suchtmitteln) erhalten wollten. Unter der Federführung der Jungparteien wurde zudem ein Begleitservice an den Bahnhof Luzern installiert. Diese Idee wurde von den Jungparteien eingebracht und ausgearbeitet, da sie selbst in der Vergangenheit immer wieder beobachteten, dass sich viele junge Personen auf dem Weg zurück zum Bahnhof unsicher fühlten. Das Projekt wird im Herbst intern ausgewertet. Anschliessend wird entschieden, ob dieses oder ähnliche Angebote in Zukunft weiterverfolgt werden.

Zu 11.:

Gibt es in der Stadt Luzern eine Anlaufstelle für Opfer von sexueller Gewalt, bei welcher Jugendliche medizinische Behandlung erhalten und selbstbestimmt über den Zuzug von Polizei entscheiden können?

Am 1. April 2018 ist das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) für die Schweiz in Kraft getreten. Der Bundesrat hat am 22. Juni 2022 den Nationalen Aktionsplan 2022–2026 zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (NAP IK) verabschiedet. Als Massnahme 37 hat er die «Sicherstellung der (rechts)medizinischen Versorgung von Opfern sexueller Gewalt (Krisenzentren)» definiert. Ergänzend zur Beratung sollen in leicht zugänglichen Krisenzentren medizinische und gerichtsmedizinische Untersuchungen erfolgen. Der Kanton Bern verfügt über ein entsprechendes, praxisbewährtes Modell. Dank der koordinierten Vorgehensweise und einer hohen Spezialisierung aller involvierten Fachpersonen können Opfer auf eine effiziente psychosoziale und medizinische Betreuung zählen. Die umfassende Spurensicherung ohne Anzeigepflicht, die Betreuung durch geschlechtsspezifische Fachpersonen sowie die institutionalisierte

Zusammenarbeit sind drei wichtige Pfeiler des Modells. Mit einem parlamentarischen Vorstoss im Luzerner Kantonsrat (Postulat P 739⁶) wurde der Regierungsrat des Kantons Luzern am 20. Juni 2023 beauftragt, ein niederschwelliges Krisenzentrum zur medizinischen und psychosozialen Erstversorgung bei häuslicher und sexueller Gewalt zu prüfen.

Die Opferberatungsstelle des Kantons Luzern berät Personen sowie deren Angehörige, die durch eine Straftat unmittelbar in ihrer psychischen, körperlichen oder sexuellen Integrität beeinträchtigt worden sind. Die Beratung von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt zeigt, dass aktuell die Beweissicherung oft nur mit der zeitgleichen Eröffnung eines Strafverfahrens erfolgt. Eine vom Strafverfahren unabhängige, standardisierte und zeitnahe Beweissicherung würde den Opfern die Möglichkeit eröffnen, selbstbestimmt zu entscheiden, ob und wann sie Anzeige erstatten. Gleichzeitig erhöht dieses Vorgehen die Wahrscheinlichkeit, dass die Täterschaft belangt werden kann. Denn wenn es gelingt, die Täterschaft dank der erhöhten Anzeigequote und sorgfältig gesicherter Spuren zu überführen, können weitere potenzielle Opfer vor ihnen geschützt werden. Damit wird einerseits menschliches Leid der Opfer verhindert, und andererseits können die Folgekosten für die Gesellschaft reduziert werden. Aus diesen Gründen prüft der Kanton Luzern die Einführung eines standardisierten und koordinierten Vorgehens der involvierten bestehenden Akteure aus Gesundheitswesen, Strafverfolgungsbehörden und der Opferhilfe im Kanton Luzern in Anlehnung an das Berner Modell.

⁶ <https://www.lu.ch/kr/parlamentsgeschaefte/detail?ges=8c4937bc0335417394c4e49385d4d916&back=1&geschaeftsnr=739&art=-0-1-2-3&bart=-0-1-2-3-4&vart=-0-1-2-3&wart=1&gart=1&status=-0-1>